

Kommunale Initiative (KI)

HH 2022 - Rede zum Haushalt - Johannes Büttner - Stadtrat der KI

Immer noch kein Umdenken in der Klimakrise - Gewinnabführung der Sparkasse unausweichlich!

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Die Haushaltsvorlage und die Finanzplanung zeigen: wir können nur einen Teil der notwendigen Projekte umsetzen. Das Signal: Es gibt keine Luft nach oben!

Wir meinen, es gibt auch Luft nach oben, wenn wir uns jetzt und rechtzeitig um weitere finanzielle Quellen kümmern, um die Zukunftsinvestitionen die bisher im Haushalt und in der mittelfristigen Finanzplanung fehlen, zu stemmen.

Die Haushalts-Vorlage und die Finanzplanung bestätigt auch die Abteilung von Herrn Gruber was fehlt:

Für die nächsten Jahre ist weder für eine neue Kinderklinik oder für das neue technische Rathaus Geld zurückgelegt. Weder für die Entwicklung des Impresgeländes oder für die Generalsanierung der Berufsschule 1 ist Geld eingeplant. Das gilt auch für Schulinvestitionen zur Mittagsbetreuung oder für Kläranlagen. Das sind zusätzliche Projekte in Höhe von mindestens 150 Mio. Euro.

Daher war der gemeinsame Antrag von KI und ÖDP richtig, für 2 Jahre die Gewerbesteuer von 400 auf 450 im Hebesatz zu erhöhen. Das wären 15 Mio. Euro mehr für 2 Jahre. Eine Neuverschuldung wäre vom Tisch. Leider wurde dieser Antrag von der Mehrheit abgelehnt.

Die Konsequenz daraus: dem Haushalt 2022 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2025 fehlen die notwendigen Mittel!

Wir müssen die Klimakrise, die Erderhitzung ernst nehmen! Wir haben den Klimanotstand erklärt - daher müssen wir nicht nur an die von der Finanzverwaltung genannten Projekte denken für die kein Geld eingestellt ist. Wir müssen noch weit mehr tun! Die Verkehrswende anpacken, in Bus und Schienenverkehr investieren, müssen Klimaschutzprojekte in Angriff nehmen die nicht mit mageren zehntausend Euro zu schultern sind. Die Ausgaben fürs Klinikum langfristig sichern und den kommunalen sozialen Wohnungsbau finanzieren. Wenn wir die Welt retten wollen, müssen wir hier in der Stadt anfangen!

Sie haben recht, wenn sie sagen, dass es schwierig ist zusätzliche Finanzquellen für unsere gemeinnützigen Projekte zu finden. Neben Steuererhöhung bleiben hier nur unsere städtischen Unternehmungen die in die Finanzierung mit einzubeziehen sind.

Darunter gehören nicht nur die „Stadtbau“, die mit Millionen Euro Wohnbau-Projekte umsetzt und damit die Wohnungsnot lindert. Oder die Stadtwerke mit der AVG, die in den letzten Jahren Gewinne in Millionenhöhe abgeführt haben. Leider reicht das aber nicht.

Die Städte Seligenstadt, Hanau, Dieburg, Darmstadt machen es vor wie ein weiteres kommunales Unternehmen für gemeinnützige Zwecke Gewinne abführen kann. Dieses Unternehmen heißt Sparkasse! Was für andere Kommunen in Deutschland normal ist - die Gewinnabführung des kommunalen Unternehmens Sparkasse - ist für viele Kolleginnen und Kollegen hier in Aschaffenburg unvorstellbar. Dabei haben wir mit unserem Vorschlag nach Gewinnabführung der

Sparkasse seriöse Fürsprecher. Nicht nur im hessischen Rechnungshof mit seiner Kritik an vielen Sparkassen wegen überhöhter Ansammlung von Gewinnen anstatt Gewinnabführung an die Kommunen. Auch der bayerische Sparkassenverband schreibt in seiner aktuellen Werbung, dass die kommunal getragenen Sparkassen „dem Gemeinwohl und nicht der Gewinnmaximierung verpflichtet sind“. Die Schlussfolgerung ist die Gewinnabführung an die Kommune. Sie ist Ausdruck des Gemeinwohls.

Wir meinen, dass es nicht mehr zu verantworten ist, dass der hiesige Sparkassen-Vorstand mit Duldung des Verwaltungsrates - seit über 10 Jahren gegen die eigenen Ansprüche handelt oder sich zumindest sachlich mit dem Thema ohne Vorbehalte beschäftigt
Obwohl nach der Rücklagen-Regelung Basel III für die Banken alle Anforderungen übererfüllt werden erfolgt keine Gewinnausschüttung.

In 10 Jahren wurde die Anhäufung von Gewinnen auf das 460fache gesteigert die Gewinne maximiert. Im Fond für allgemeine Bankrisiken - das Konto der angesammelten Gewinne der letzten Jahre - sind heute 230 Mio. Euro. Die Gewinnrücklage beträgt heute 238,5 Mio Euro. Die Barreserve stieg auf 388 Mio. Euro in 2020.

Dem Jahresabschluss ist sogar zu entnehmen, dass die Sparkasse Aschaffenburg-Alzenau bei einem Umsatz von 5 Mrd. Euro nebenbei auf rund eine Milliarde Euro - das sind Eintausend Millionen Euro - an Rücklagen bzw. Sicherheiten zurückgreifen kann. Hier gibt es keine Entschuldigung mehr. Diese Gewinnansammlung und Schatzbildung eines kommunalen Unternehmens ohne Gewinnabführung, ist moralisch und politisch absolut untragbar.

Wir fordern Sie, Herr Oberbürgermeister als Verwaltungsratsvorsitzender der Sparkasse und auch die 3 Stadträte von CSU und SPD, die als Verwaltungsräte dort mitentscheiden, dazu auf, sich im Verwaltungsrat für die Gewinnabführung an Stadt und Kreis einzusetzen.

Im Namen der Kommunalen Initiative kann ich unsere Positionen zum Haushalt 2022 so zusammenfassen:

Immer noch wird die Verkehrswende verschoben und zur Verringerung des innerstädtischen Durchgangsverkehrs wirkungslose Beschlüsse umgesetzt (Luitpoldstraße/Frohsinnstraße). Der städtische Busbetrieb wird weiter so betrieben wie bisher auch. Ja keinen Spät- oder Nachtbus einführen. Fünf Stadtteile bleiben vom Nachtbus abgehängt. Die anderen können auf den Bahnbus und andere Anbieter setzen. Immer schön auf privatisierte Anbieter wie den AST setzen. Kein 1-Euro-Ticket umsetzen - ganz zu schweigen von einem Nulltarif für Bedürftige. Kein 365-Euro-Ticket bezahlbar in Monatsraten. Keine Mittel für eine Schienenverbindung ins Schulzentrum oder ins Gewerbegebiet Nilkheim 2 als erster Schritt zur Bachgaubahn. Damit fehlen wichtige Ausgaben zur Bewältigung der Klimakrise und der sozialen Schieflage.

Aus diesem Grund werden wir dem Haushalt 22 nicht zustimmen. Ohne dabei die Hoffnung nicht aufzugeben, dass steter Tropfen den Stein höhlt und im Laufe des Jahres doch noch Fortschritte erzielt werden können. Wir müssen das gemeinsam tun, denn nur dann schaffen wir den Kampf gegen den Klimanotstand und für soziale Gerechtigkeit.

Danke für ihre Geduld.